

# Pressespiegel = Reflets de presse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **70 (1979)**

Heft 22

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Fig. 1 Elektrotransporter «LE 306» (Daimler-Benz AG) der NOK



Fig. 2 Batterieeinschubeinheit des VW-Transporters der BKW

gen, die nun in Deutschland und in der Schweiz im Rahmen eines vierjährigen Grossversuchs täglich in Betrieb stehen. Dabei werden Kilometerleistung, Energieverbrauch, auftretende Mängel, Verbesserungsmöglichkeiten usw. regelmässig rapportiert und ausgewertet, womit zuverlässige Grundlagen für die zukünftige Serienproduktion von Elektroautos erarbeitet werden. Durchgeführt wird dieses weitsichtige Programm von

der Gesellschaft für elektrischen Strassenverkehr mbH (GES) in Essen, die in enger Zusammenarbeit mit der Automobil- und Elektroindustrie die Entwicklung der verschiedenen notwendigen elektrischen und mechanischen Komponenten koordiniert. In der Schweiz wird die GES vertreten durch die Firma Georg Fischer Brugg-Oehler AG, die selbst bereits seit über 50 Jahren Elektrofahrzeuge baut.

Ci

## Pressespiegel – Reflets de presse



Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

### Durchbruch?

sda. Dem Genfer Forscher Pierre Baude ist eine für die Zukunft der Sonnenenergie möglicherweise bedeutsame Entwicklung geglückt. Er hat neuartige Solarzellen geschaffen, die nach Messungen von Ingenieuren der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) einen ausserordentlich hohen Wirkungsgrad (32 statt wie heute üblich 12 Prozent) erreichen. Nach Angaben Baudes sollen sie zudem um ein Mehrfaches billiger als die bisher erhältlichen Solarzellen produziert werden.

Die Solarzellen wandeln das einfallende Licht direkt in elektrischen Strom um. Für seine Arbeiten auf diesem Gebiet hatte Baude 1978 bereits den Grand-Prix der Internationalen Erfindermesse in Genf erhalten. Vizedirektor Christian Favre vom Bundesamt für Energiewirtschaft meinte dazu, die Entdeckung sei äusserst interessant. Allerdings fehlten dem Bundesamt noch gewisse detailliertere Angaben, um ein gültiges Urteil abzugeben.

«Der Bund», Bern, 26. Oktober 1979

### Filmspiegel: «The China Syndrome»

che. Dieses «China-Syndrom», so erklärt es ein Physiker im Film von James Bridges, bezeichnet einen Zustand, bei dem in einem Kernreaktor das Kühlsystem ausgefallen ist und die durch die enorme Hitze schmelzenden Uran-Brennstäbe sich durch sämtliche Ummantelungen hindurchfressen würden, (theoretisch) durch die Erde hindurch bis nach China.

So weit kommt es hier allerdings nicht. Von den Katastrophenfilmen unterscheidet sich «The China Syndrome» vorteilhaft, indem das aufwendig inszenierte Spektakel hinter die Frage nach menschlicher Verantwortlichkeit zurücktritt. Die durch die Technik einigermaßen gebändigten Elementarkräfte werden

nicht entfesselt – unter anderem wohl auch eine Frage des Budgets –, der Fortschritt wird als moralisches Problem erkannt. Doch bleibt diese anerkennenswerte Grundhaltung stets den Erfordernissen von Spannung und Situationsdramatik untergeordnet. So werden «technische Erläuterungen» zwar gegeben, aber ohne jeglichen didaktisch-informativen Gehalt, so dass wiederum höchstens der Fachmann in der Lage ist, das im Film Behauptete kritisch zu überprüfen. Die dröhnenden Vibrationen, das alarmierende Blinken der Warnlampchen im Kontrollraum vereinnahmen den Zuschauer akustisch-optisch mit dumpfer Gewalt, wobei dann das Ausbleiben der Katastrophe den «Zauberlehrling-Effekt» etwas mildert.

Angegriffen wird jene fatale Verschleierungstaktik der privaten Energieproduzenten, die aus Sorge um den Profit und aus Angst vor den gewaltigen finanziellen Verlusten unverantwortliche Risiken einzugehen gewillt sind. Doch auch die private Fernsehgesellschaft zögert mit der Veröffentlichung des verlusteten «Zwischenfalls». Ihrer Reporterin – einer sehr disziplinierten Jane Fonda – ist zunächst einmal an der erfolgreichen Karriere gelegen; einzig der unabhängige Kameramann (Michael Douglas, der Produzent) handelt in idealer Selbstlosigkeit. Jack Lemmon spielt bravourös den recht schematisch angelegten Part des verantwortungsbewussten Ingenieurs. (Piccadilly/Studio 4)

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 24. Oktober 1979

### Allzu viele heizten via Steckdose

(pm) Am 23. September dürfte etwa ein Viertel aller Haushalte unserer Stadt auf Ölheizung verzichten und zur Steckdosenheizung gegriffen haben. Das brachte die Messung des Stromverbrauches im Elektrizitätswerk an den Tag.

Vergleiche mit dem Sonntag zuvor, einem zwar ebenfalls nicht allzu warmen, aber trotzdem sonnigen und niederschlagsfreien Tag, zeigen eine Mehrbelastung von rund 10 000 Kilowatt, was etwa 8000 angeschlossenen Heizöfeln entspricht.

An und für sich gibt diese Situation noch zu keiner Besorgnis Anlass. Eine normale Sonntagsbelastung erträgt solche Zusätze ohne weiteres. Kritischer wird es erst, wenn sich eine entspre-

chende Mehrbelastung auf unsere üblichen Belastungsspitzen (Montag-Freitag, von 8.00-11.30 Uhr) aufdoppeln sollten. Eine über 10 Prozent höhere Höchstbelastung wäre die Folge. Das Problem zeigt aber noch eine andere Seite: Sollte sich dieser Trend gesamtschweizerisch fortsetzen oder gar verstärken, so wären Lieferschwierigkeiten nicht auszuschliessen. Leitungsnetze sind für eine bestimmte Höchstbelastung gebaut. Wird diese überschritten, führt dies – genau wie bei Haushaltssicherungen – zu Netzabschaltungen. An Werktag-Vormittagen empfiehlt es sich daher, mit dem Anschluss von Steckdosen-Heizungen Zurückhaltung zu üben.

«Neue Zürcher Nachrichten», Zürich, 12. Oktober 1979

### «Le Groupe de Bellerive mène une guerre de religions!»

En février dernier, nous avons rapporté les travaux du Groupe de Bellerive consacrés à la «société du nucléaire». Dans nos éditions du 1<sup>er</sup> juin, Françoise Buffat faisait écho aux attaques portées par ce groupe contre le nucléaire («Le Groupe de Bellerive lance un défi à l'industrie nucléaire»). Enfin, dans nos éditions du 24 juillet, nous avons publié la réplique de l'Union des centrales suisses d'électricité («L'industrie nucléaire répond au Groupe de Bellerive»). Stimulé par ces échanges, un lecteur de Charbonnières-les-Bains (Saône et Loire), PDG de la Société civile d'études et de recherches dans le domaine des techniques d'innovation, nous écrit à son tour:

Le Groupe de Bellerive, comme beaucoup d'autres, mène une guerre de religions avec tout ce que cela comporte de fanatisme, de parti pris, d'affirmations péremptives. Pourquoi utiliser les termes «pronucléaire» et «antinucléaire», de la même manière qu'on dit «gauche» et «droite», ou que l'on disait jadis «protestant» et «catholique»? Ces mots suffisent à provoquer la combativité, cependant que les faits, eux, restent ignorés.

Je comprends que les personnes engagées dans l'industrie nucléaire aient mieux à faire qu'à répondre à des questions oiseuses. Le nucléaire n'est pas traité en vase clos, comme un secret militaire. Une volumineuse documentation existe, à la disposition de tous, sur les réalisations d'années de recherche et d'exploitation, d'apprentissage sur le tas aussi.

Mais il est plus facile, bien sûr, de se déplacer en voiture ou en avion polluants, de détruire l'environnement, «d'être contre», de critiquer sans proposer de solutions constructives et réalistes, de lire la série noire nucléaire, que d'étudier cette documentation, de s'informer avec sérieux pour comprendre et se faire objectivement une opinion.

Dans le fond, cette guerre de religions vient de ce que toute innovation «de rupture» a deux ennemis: l'ignorance et la routine.

Pierre E. Vidal

«Gazette de Lausanne», Lausanne, le 1<sup>er</sup> octobre 1979

### Stromreserven und Versorgungssicherheit

Theoretisch sind sich alle Schweizer einig: Die gesparte Energie ist die billigste Energie. Das ist besonders dort der Fall, wo das Energiesparen ohne besondere Investitionen, also etwa beim Verzicht auf überflüssige Autofahrten, bei der Gewöhnung an eine niedrigere (und gesündere) Zimmertemperatur im Winter oder mit einem vernünftigen Einsatz der elektrischen Küchenhilfen im Haushalt verwirklicht werden kann.

Stutzig wird man allerdings, wenn die Apostel der Heilslehre «small is beautiful» und einer sogenannten sanften Technologie trotzdem sofortige staatliche Eingriffe in den Energiemarkt verlangen. Ihr Forderungspaket umfasst einen dringlichen Bundesbeschluss-, einen Verfassungsartikel und die Androhung einer neuen Verbotsinitiative für den Bau von Kernkraftwerken. Auffallend ist der Zeitpunkt für diesen Alarmruf der Umweltschutzorganisationen und der politischen Linken im Vorfeld der Nationalratswahlen, unmittelbar nach der öffentlichen Präsentation des sechsten Zehnwerkeberichts der für eine sichere Stromversorgung des Landes verantwortlichen Produktionswerke. Zu diesen gehören neben den sechs Überlandwerken auch die SBB und die Stadtwerke Bern, Basel und Zürich. Der neue Zehnwerkebericht befasst sich auf über 40 Seiten mit der Entwicklung von Nachfrage und Bedarfsdeckung im nächsten Jahrzehnt. Er kommt dabei zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie

der Bericht der Gesamtenergiekommission (GEK). Die beiden Dokumente werden deshalb bei der vom Parlament vorzunehmenden Bedürfnisprüfung für den Bau neuer Atomkraftwerke und sicher schon beim *Entscheid über Kaiseraugst* eine wichtige Rolle spielen. Das ist wohl der Hauptgrund, warum gegen den Bericht der für die Landesversorgung mit Strom verantwortlichen grossen Produktionswerke sofort das Feuer eröffnet worden ist. Er kommt nämlich zum Ergebnis, dass unser Elektrizitätsbedarf bei Einrechnung von Stromeinsparungen und der im GEK-Bericht vorgesehenen Erdölsubstitution weiter ansteigen werde und bis 1990 den Bau von zwei zusätzlichen Kernkraftwerken nötig mache, womit die Schweiz dann über insgesamt sieben, nicht aber – wie irreführend behauptet wird – zehn Kernkraftwerke verfügen würde.

*Im Winter sind nur 43 Prozent des Strombedarfs aus Wasserkraft gedeckt*

Es ist eine Tatsache, dass im Winter der Stromverbrauch erheblich grösser ist als im Sommer, wo am meisten Strom aus Wasserkraft produziert werden kann. Das zeigt die Bedeutung der Schaffung genügender *Stromreserven* im Winter, was ohne die Kombination von Atomenergie und Wasserkraft nicht möglich ist.

Wer weiss schon, dass bereits heute im Winter nur 43 Prozent des Strombedarfs aus der Wasserkraft gedeckt werden können, dass die Deckung allfälliger Stromdefizite im Winter durch das Ausland nicht gewährleistet ist und dass die auf 13 Prozent berechnete Stromreserve nur mit dem Bau neuer Produktionsanlagen realisiert werden kann? Dabei liegt diesen Berechnungen bis 1985 ein Zuwachs im Winter von 3,7 Prozent, bis 1990 von 2,5 Prozent zugrunde; diese Zuwachsraten sind kleiner als der in den letzten Jahren ausgewiesene Mehrverbrauch. In diesen Zuwachszahlen ist auch ein hoffentlich wachsender Anteil von Substitutionsenergien enthalten, denn es bleibt oberstes Ziel unserer Energiepolitik, die Abhängigkeit vom Erdöl zu verkleinern, was neben dem Energiesparen nur durch den Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden Alternativenergien, also von Erdgas, Kohle, Holz, Sonnenenergie, Biogas und Kernenergie, möglich ist.

Dr. Fritz Wanner (Kilchberg)

«Zürichsee-Zeitung», Stäfa, 3. Oktober 1979

### Unterirdisches Felslabor auf der Grimsel

Baden, 23. Oktober. (sda) Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) will im kommenden Winter Vorabklärungen für einen allfälligen späteren Bau eines unterirdischen Felslabors auf der Grimsel aufnehmen. *Experimente mit radioaktiven Stoffen* sind nach Angaben der Nagra nicht vorgesehen. Der Standort Grimsel biete sich für solche Versuche deshalb an, weil das Grundgebirge aufgeschlossen und durch bestehende Stollen bereits erschlossen sei.

Für die Ausführung der Kernbohrungen hat die Nagra bei der *Kraftwerke Oberhasli AG* (KWO) und bei der Direktion für Verkehr, Energie- und Wasserwirtschaft des Kantons Bern bereits um ihre Einwilligung nachgesucht. Diese haben einer Ausführung der Kernbohrungen grundsätzlich zugestimmt.

«Neue Zürcher Zeitung», Zürich, 24. Oktober 1979

### Wer soll sparen?

Wir befinden uns in dem vom Eidgenössischen Amt für Energiewirtschaft festgelegten Spar-Monat. Im Radio wurde jüngst gemeldet, dass dieses Amt mit dem Erreichten, wohl aufgrund des in alle Haushaltungen verteilten Energie-Sparblattes, zufrieden sei. Wo wird aber gespart? Soll nur die Hausfrau im Haushalt, der Heizer in den Wohnhäusern, der Autofahrer, der oft beruflich seinen Wagen braucht, sparsamer mit unserer Energie umgehen? Wo sparen die Behörden? Wenn wir uns abends statt mit dem Auto mit dem Tram in die nahe Stadt Bern begeben, erstrahlen Bundeshaus, Münster, Museum und Türme in herrlicher Festbeleuchtung! Wieso das? Kann die Stadt nicht auch mitmachen und dem Bürger zeigen, dass es ihr mit dem Sparen ernst ist?

O. St.

Ich will gern solidarisch sein und mithelfen, Energie zu sparen, wo ich kann. Zwar besitze ich weder Auto noch

Fernseher, weder Geschirrwashmaschine noch elektrische Küchengeräte. Aber ich kann zum Beispiel den Korridor statt mit der bisherigen Hunderter- mit einer Vierziger-Glühbirne beleuchten, wenn jemand an meine Türe kommt. Ich will einen Teppichkehrer anschaffen und den Staubsauger nur noch in seltenen Fällen bemühen. Nachtessen tue ich ab sofort bei Kerzenlicht, das ist auch ohne Vis-à-vis romantisch. Und nie, nie mehr werde ich Geschirrl und Besteck aus lauter Bequemlichkeit unter dem fliessenden Heisswasser spülen, obschon ich einen eigenen Boiler habe. – So dachte ich unlängst.

Am sechzehnten Tag des Energiesparmonats, einem gewöhnlichen Dienstag, fuhr ich abends in die Stadt. Allwo ich zu meiner Enttäuschung feststellen musste, dass Brunnen und öffentliche Gebäude sich keinen Deut um das Energiesparen kümmern, sondern in hellem Licht erstrahlen. Aber Brunnenfiguren können nicht lesen, sonst hätten sie sich den Satz auf Seite drei des Energiesparprospektes zu Herzen genommen, der da heisst: «Festbeleuchtungen machen heute einen schlechten Eindruck.» Oder ist das am Ende nur für Mieter gedacht?

Man komme mir nicht mit der Erklärung, der Stromverbrauch für diese Beleuchtung sei ja minim. Auch ein einzelnes Haushaltgerät braucht wenig Strom. Es geht ganz einfach um die Solidarität. Wenn wir schon den Gürtel enger schnallen sollen, dann alle mit der gleichen Konsequenz! Wenn die, welche Wasser predigen, Wein trinken, dann freut mich – und sicher auch andere gutwillige Bürger – diese ganze Sparübung nicht mehr.

A. Amacher, Bern

Leserbriefe aus «Der Bund», Bern, 25. Oktober 1979

#### Atomheuchler und Atompharisäer

Allzu viele Heuchler marschieren unter den Atomkraftwerkgegnern mit. Kürzlich wurde aus internen Kreisen bekannt, wie sich die revolutionär gebenden Marxisten und die POCH in die Arbeitsausschüsse der AKW-Gegner einzuschleichen und die Dinge zu kontrollieren verstehen. Aber unter den Gegnern der Atomkraft befinden sich auch ganze Heerscharen von Pharisäern, die zwar Atomkraftgegnerschaft predigen, aber selbst Atomstrom in immer grösseren Ausmassen konsumieren.

Das ist keine unbewiesene Behauptung, sondern statistisch erhärtete Tatsache. Die Stromproduktion aus Kernenergie nimmt in allen Industriestaaten erheblich schneller zu als der Verbrauch von Elektrizität überhaupt. Zwischen 1977 und 1978 steigerten beispielsweise die USA die Atomstromerzeugung von 251 000 auf 276 000 GWh, das sind 10,2 % mehr. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft meldete eine Erhöhung von 104 000 auf 115 000 GWh, das sind 11 % mehr. Japan hat den Einsatz von Kernenergie verhältnismässig am stärksten erhöht, und zwar von 30 000 auf 53 000 GWh, das sind 79 % mehr. Die Sowjetunion verstärkte den Einsatz von Kernenergie von 33 000 auf 42 000 GWh, also um 25,7 %.

Da nehmen sich aufgeblasene Demonstrationen Abertausender Angehöriger von Wohlstandsstaaten gegen die Atomenergie recht schal, ja zwielichtig aus. Die meisten von ihnen können gar nicht auf Atomstrom verzichten; sie wollen aber tatsächlich auch gar keinen Verzicht leisten und schliessen lustig und zugleich heuchlerisch neue elektrische Haushaltgeräte und immer mehr Lampen an die Stromleitungen an.

Auch hierfür liegt eine aktuelle Bestätigung vor: In den ersten vier Monaten 1979 sind in der Europäischen Gemeinschaft 45,2 Milliarden Kilowattstunden aus Kernenergie erzeugt worden. In den ersten vier Monaten des Jahres 1978 waren aber nur 41,2 Milliarden kWh Atomstrom produziert worden. Die Bundesrepublik Deutschland steigerte vergleichsweise die Produktion von 13,1 auf 13,9 Mrd kWh. Frankreich dagegen erhöhte die Produktion sogar von 9,6 auf 13,1 Mrd kWh. Nur in Grossbritannien ging die Stromerzeugung aus Kernenergie geringfügig, von 12,9 auf 12,8 Mrd kWh, zurück. Auch in der Schweiz erhöhte sich der Umsatz an Kernkraftenergie. Ein effektives Ende dieser ansteigenden Entwicklung ist nicht abzusehen. Und damit werden auch die Argumente der AKW-Gegner immer ungläubhafter, heuchlerischer.

«Schweizerische Arbeitgeberzeitung», Zürich, 25. Oktober 1979

#### Die Diskussion in die Öffentlichkeit tragen

In einer neuen Broschüre unter dem Titel «Eine neue Initiative, was meinen Sie dazu?» zeigen die Verfasser, dass es verschiedene Möglichkeiten für eine neue Atominitiative gibt. Den AKW-Gegnern und Umweltschutzorganisationen geht es darum, eine breite Diskussion über die inhaltlichen Stossrichtungen auszulösen.

Die Broschüre stellt verschiedene Modelle für eidgenössische Initiativen vor: Atomverbots- und Stilllegungsinitiative, Referendums- und Rahmenbewilligungsinitiative, Energieinitiative, Atominitiative mit eingebauten Energieartikeln, Energieinitiative und Atominitiative als parallele Vorstösse. Alle Interessierten werden aufgefordert, an der «Vernehmlassung» um diese Vorschläge teilzunehmen. Im folgenden drucken wir das Vorwort zur Broschüre ab.

Wie man auch immer den Erfolg der Atomschutzinitiative beurteilen mag, sicher ist, dass sie nicht nur im Kampf gegen Atomkraftwerke, sondern auch in bezug auf ein Umdenken in der Energiepolitik einen Markstein gesetzt hat. Unsere Stärke und die weite Verbreitung unserer Bedenken gegen den eingeschlagenen Weg sind deutlich zum Ausdruck gekommen.

Trotzdem ist das Problem «Atomenergie» mit all seinen Aspekten nach wie vor nicht gelöst. Die zunehmende Zentralisierung der Energieversorgung, die Energieproduktion durch gross-technologische Anlagen und das krampfhaft Festhalten am weiteren Wirtschafts- und Energiewachstum verhindern eine dezentrale, auf inländischen, regenerierbaren Energiequellen beruhende und damit sichere Versorgung des Landes.

Die Untersuchungen der Abstimmungsresultate durch die schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung haben ergeben, dass nicht nur 49 Prozent, sondern 60 Prozent der Stimmenden der Meinung sind, ein weiterer Ausbau der Atomkraftwerke sei zu verantworten. Die neuesten Umfragen haben sogar gezeigt, dass nur noch 2 Prozent der Bevölkerung eine forcierte Entwicklung der Atomenergie befürworten. Diese Meinungen haben bis heute keinen Niederschlag in der schweizerischen Gesetzgebung gefunden, obwohl eine Mehrheit sie teilt. Die Wahrscheinlichkeit, dass in der Energiefrage gegen den Willen der Mehrheit gehandelt wird, ist deshalb sehr gross.

Nach dem Unfall von Harrisburg ist der Kampf gegen Atomkraftwerke noch dringlicher geworden. Harrisburg kann sich jederzeit – auch bei uns – wieder ereignen. Wir dürfen deshalb den nuklearen Ausbauplänen nicht tatenlos zusehen.

Bezüglich der Energiepolitik ist der Fahrplan festgelegt. Bis 1983 muss das Atomgesetz total revidiert werden. Auf diese Gesetzesänderung müssen wir Einfluss nehmen.

Der Bund trifft Vorbereitungen, einen Energieartikel in die Verfassung aufzunehmen, der dem Zentralstaat weitreichende, energiepolitische Kompetenzen gibt. Soll auch dies ganz ohne unseren Einfluss geschehen? Ist es nicht unsere Pflicht, unsere energiepolitischen Vorstellungen zu formulieren und mit einer Initiative den nötigen politischen Druck auszuüben, damit nicht nur Verbände, Parteien und Konzerne ihre Interessen wahrnehmen?

Sicher, eine Initiative ist nicht das einzige Mittel, diesen wichtigen Kampf zu führen. Aber es ist immerhin ein Kampfmittel, welches alle zwingt, Farbe zu bekennen.

#### Wollen wir überhaupt eine neue Initiative?

Bevor eine neue Initiative lanciert wird, muss man sich darüber klarwerden, was eine solche Initiative im Kampf gegen Atomkraftwerke und in der aktuellen energiepolitischen Auseinandersetzung überhaupt bringt. Die verschiedenen Organisationen und Gruppierungen, die sich an der Diskussion um die Lancierung beteiligen, werden sich überlegen, ob sie damit ihren Zielen näherkommen. Je nach Beantwortung dieser Frage, wird sich schliesslich entscheiden, wer sich grundsätzlich an der Lancierung, dann aber auch am Sammeln der Unterschriften beteiligen wird und will.

#### Blockiert eine neue Initiative nicht die Anti-AKW-Bewegung?

In der Diskussion um die weitere Politik der AKW-Bewegung sind auch kritische Stimmen zur Lancierung einer neuen Initiative laut geworden. Zum einen wird der ins Auge gefasste

Termin der Lancierung als verfrüht erachtet. Eine fundierte Analyse der Situation nach der Abstimmung vom Februar 1979 stehe noch aus, aufgrund derer die ganze Strategie und Taktik – einschliesslich einer allfälligen neuen Initiative – neu überdacht werden müsse.

Schwerer wiegen die Bedenken gegen den parlamentarischen Weg überhaupt. Die Einwände gehen dahin, dass sich die Anti-AKW-Bewegung in letzter Zeit bereits zu sehr mit Initiativen, Referenden und den daraus resultierenden Abstimmungskämpfen herumschlagen musste, als dass man bereits wieder an eine neue Initiative denken könnte. Immerhin zieht allein die Auseinandersetzung um die Lancierung, dann die Unterschriftensammlung und schliesslich der Abstimmungskampf – rein zeitlich gesehen – eine massive Belastung nach sich, welche die Bewegung für andere Aktivitäten blockiert. Mit der Fixierung auf den parlamentarischen Weg wird zwangsläufig jenes Instrument beziehungsweise Betätigungsfeld vernachlässigt, mit dem die grössten Erfolge errungen wurden: die direkten Aktionen. Man denke etwa an die Besetzung des Geländes in Kaiseraugst, mit der die Bewegung stark wurde, die die Bevölkerung direkt angesprochen hat und die breite Mobilisierung gegen AKW überhaupt erst ermöglichte.

Die Lancierung einer Initiative setzt gleichzeitig ein gewisses Vertrauen in die bürgerlich-demokratischen Strukturen und Institutionen voraus. Damit weckt und verfestigt eine Initiative nach Ansicht der Gegner zwangsläufig auch Illusionen, die den Erfahrungen der AKW-Gegner mit den parlamentarischen Strukturen direkt entgegenstehen. Gleichzeitig droht mit der Lancierung die Gefahr, dass die Initiative der politischen Kontrolle der AKW-Bewegung entgleitet und von gewissen politischen Parteien und Gruppierungen für ihre Zwecke missbraucht – also zum Spielball, zur politischen Manövriermasse, wird.

«Zeitdienst», Zürich, 12. Oktober 1979

#### Dem Elektroauto etwas nähergerückt

hst. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke lud am Montag Pressevertreter ins Interkantonale Technikum Rapperswil ein, um über den aktuellen Stand in der Entwicklung des Elektroautos zu informieren. Dabei kam heraus, dass aller Wahrscheinlichkeit nach erst um das Jahr 2000 ein brauchbarer Hochleistungs-Stromspeicher zur Verfügung stehen wird. Diese Tatsache hindert jedoch eine Reihe von Unternehmungen nicht daran, sehr tatkräftig an der Weiterentwicklung des elektrisch angetriebenen Personen- und Lieferwagens zu arbeiten.

«Mit recht guter Zuverlässigkeit lassen sich die technischen Möglichkeiten aus den Forschungsergebnissen abschätzen», sagte der BBC-Ingenieur H. R. Zeller. Nach dem gewöhnlichen Bleiakkumulator, den wir alle in unseren Autos haben, steht nun eine Natrium/Schwefel-Batterie im Vordergrund, die unter anderem im Forschungszentrum von Brown Boveri in Dättwil bei Baden in Entwicklung ist. Ein mit dieser 550 kg schweren Batterie (wobei es sich um einen Satz handelt) ausgerüstetes Elektrofahrzeug käme auf eine Reichweite von rund 300 km mit einer Aufladung.

#### Auf kurzen und programmierten Fahrtstrecken im Einsatz

Wie Zeller weiter ausführte, beschränkt sich der heutige Einsatz von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen auf Lagerhallen, Bahnhöfe, Post, Nahverkehr usw. Das heisst auf Einsätze mit kurzen und programmierten Fahrtstrecken, die sich kaum je

ändern. Aus Gründen der Reichweite seien private Personewagen mit Blei/Schwefel-Akkumulatoren für den Konsumenten nicht annehmbar. Die in Amerika von General Motors und Gould entwickelte Zink/Nickeloxid-Batterie sei bezüglich Energiedichte etwa doppelt so gut wie die heutigen Batterien; damit würden Reichweiten von etwa 150 km möglich. Ein solches Batterieset dürfte zwischen 3000 und 4000 Franken kosten. Zeller erwartet die Markteinführung etwa 1983. Solchermassen ausgerüstete Wagen seien aber für den Überlandverkehr und für Passfahrten ungeeignet.

Es hat sich also wenig geändert: männiglich wartet auf eine Batterie, die einen sehr viel grösseren Aktionsradius möglich macht. Diese Tatsache würde aber zum Beispiel Kommunalbetriebe nicht daran hindern, für diese Traktionsart geeignete Fahrzeuge umzubauen und einzusetzen, wie dies schon in der Stadt Zürich und in privaten Betrieben geschieht.

«Tages-Anzeiger», 6. November 1979

#### Neuer Anlauf

Die Schweizerische Energiestiftung, die gegen weitere Kernkraftwerke und für die Förderung von Alternativenergien ist, will über Notrecht einen Energieartikel in der Bundesverfassung. Der Vorschlag ist weder im Inhalt noch im Vorgehen neu.

Zum Inhalt: Massnahmen zur verbesserten Wärmedämmung – Isolation – sind heute unbestritten und werden auf privater Basis, dank Zinsvergünstigungen durch einzelne Banken, bereits unterstützt. Die Möglichkeiten sind hier bestimmt noch nicht ausgeschöpft, aber gute Ansatzpunkte, die noch ausgebaut werden können, sind vorhanden. Bei der Frage einer Energieabgabe ist die Ausgangslage weit undurchsichtiger, beruht doch einerseits der anvisierte Sparbeitrag mehr oder weniger auf Hoffnungen, auch wenn der Preis zweifellos die Nachfrage beeinflussen kann. Auf der anderen Seite sind die Auswirkungen beispielsweise auf die Exportindustrie, die zuallererst durch eine einseitige schweizerische Verteuerung in ihrem internationalen Kampf um Marktanteile betroffen wäre, nicht abzuschätzen. Es soll hier nicht der Teufel der gefährdeten Arbeitsplätze an die Wand gemalt werden; bloss gilt es, diesen Aspekt nicht zu vergessen.

Zum Weg, wie ihn die Energiestiftung vorschlägt: Der Nationalrat hat bereits im September eine sozialdemokratische Motion bloss als Postulat, wenn auch knapp, akzeptiert und sich dabei gegen die Einsetzung des Notrechtes ausgesprochen. Das Parlament hat durch die Überweisung einer Motion Bussey andererseits den Bundesrat beauftragt, auf dem ordentlichen Weg einen Energieartikel voranzutreiben. Es ist sicher so, dass der ordentliche Weg etwas mehr Zeit braucht als die Anordnung von Massnahmen über einen dringlichen Bundesbeschluss, dafür ist das Risiko, dass man am Ende vor einem Scherbenhaufen steht, geringer. Die Zeiteinsparnis, die die Energiestiftung anstrebt, ist keine sichere Sache, denn was nützt ein Energieartikel, wenn er durch Volksbeschluss kurz nach seiner Einführung wieder rückgängig gemacht werden kann?

Man muss sich auch fragen, weshalb bereits wieder eine solche Motion auf dem Tisch liegt, nachdem erst im September von diesem Weg im Nationalrat Abstand genommen wurde. Die Erklärung ist einfach: Die Energiestiftung rechnet im neuzusammengesetzten Parlament auf breitere Unterstützung, was im Nationalrat der Fall sein könnte, aber für den Ständerat kaum zutreffen dürfte.

Bruno Frangi

«Solothurner Zeitung», Solothurn, 26. Oktober 1979